

Vossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 297

Amerikas Auffassung der Friedensbedingungen.

Deutsche Ablehnung erwartet.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

* Hamburg, 11. März.

Ein amerikanischer Funkpruch meldet: Deutschland wird wahrscheinlich die Friedensbedingungen am 20. März erhalten. Die Bedingungen sind sehr scharf. Die deutsche Armee wird unter die Zahl herabgedrückt werden, die kleinere Nationen haben. Dies wird die Deutschen nachdrücklich dazu zwingen, ihre Zukunft und ihr Schicksal dem Völkerbund anzuvertrauen. Die Verhandlungen machten einen so raschen Fortschritt, daß sogar die größten Optimisten überrascht waren. Man glaubt, daß, nachdem Wilson den endgültigen Waffenstillstandsvertrag gutgeheißen hat, und er von den Deutschen angenommen sein wird, die Amerikaner demobilisieren werden. Es kann sein, daß die Deutschen nicht sofort den Vertrag annehmen. Die Bedingungen sind in der Tat so streng, daß viele eine deutsche Weigerung erwarten. In diesem Falle werden die deutschen Unterhändler nach Weimar gehen müssen, um dort mit der Regierung zu beraten. Sie werden vielleicht auch dort bei der Weigerung verharren, und die Alliierten auffordern, Deutschland zu besetzen oder Deutschland auszuheuern. Sollte dieser Fall eintreten, so werden die Alliierten die Blockade fortsetzen lassen. Schließlich wird Deutschland die Bedingungen annehmen müssen, denn ein Kompromiß ist kaum möglich. Die Namen der deutschen Friedensunterhändler sind noch unbekannt. Den Grafen Bernstorff lehnt man wegen seiner früheren Tätigkeit ab und man wünscht, daß Deutschland neue Leute an Stelle der alten Anhänger des Kaisers sende. Der Friedensvertrag kann bald nach Wilsons Rückkehr abgeschlossen werden.

* Frankfurt a. M., 11. März.

Die „Frankfurter Zeitung“ entnimmt dem Pariser „Journal“ vom 10. März den folgenden Satz: Die Deutschen wissen, daß, wenn sie ihre Handelsflotte ausliefern, sie diese nicht mehr wiedersehen werden.

Paris, 10. März. (Savas.)

Admiral Wemyss ist nach Brüssel abgereist, wo er mit der deutschen Kommission zur Fortsetzung der in Spa unterbrochenen Verhandlungen zusammentreffen wird. Der Admiral begibt sich allein nach Brüssel und ist mit den nötigen Vollmachten ausgerüstet.

Die erste Verhandlung in Brüssel wird, wie wir erfahren, am Donnerstag, 13. d. Mts., stattfinden. Den Vorsitz auf deutscher Seite wird Unterstaatssekretär v. Braun führen, dessen Stellvertreter wieder Dr. Melchior von der Firma Warburg sein wird. Die deutsche Abordnung wird heute abend über Spa nach Brüssel abreisen. Die von uns gestern angekündigten Verhandlungen in Rotterdam werden unabhängig von den Brüsseler Besprechungen heute oder morgen beginnen.

* Wien, 10. März.

Von gut unterrichteter Seite erzählt die „Wienische Zeitung“, daß Wilsons Erklärung in Besprechung mit Verbandsjournalisten, wonach der Friedensschluß wahrscheinlich beschleunigt werde und früher erfolge, als allgemein angenommen werde, eine tiefere Bedeutung habe, als auf den ersten Blick erweise. Man ist in maßgebenden Kreisen der Ansicht, daß man vielleicht den ganzen Prozeß eines Vorfriedens überspringen und mit Deutschland sofort Friedensschluß machen könne. Tatsächlich bleibe nicht viel zu regeln übrig. Die alten Kommissionen sind mit ihren Arbeiten fertig, und die neuen werden voraussichtlich gleichfalls innerhalb weniger Tage fertig sein. Da die Angelegenheiten, mit denen sie sich beschäftigen, in den meisten Fällen vorbehandelt werden, sind die Ansichten der verschiedenen Abordnungen bekannt. Man dürfe daher damit rechnen, daß es sich vielfach nur um redaktionelle Verschönerungen handelt, denn die wichtigsten, die in Betracht kommen, sind schon von allen Seiten geprüft, und die Ansichten des Verbandes stehen so unerschütterlich, daß der endgültige Friede sich nur in ganz winzigen Punkten von dem Vorfrieden unterscheiden dürfte.

London, 10. März. (Reuter.)

Der Berichterstatter der „Wall-Mall Gazette“ in Paris berichtet, er habe von sehr gut unterrichteter Seite erfahren, die Kommission

für Entschädigung habe entschieden, daß von Deutschland die Summe von acht Milliarden Pfund Sterling als Kriegsentschädigung verlangt werden wird. (Wichtig ist, daß nach Lloyd Georges Mitteilungen England noch immer Kriegsentschädigung fordert, abgesehen in den 14 Punkten Wilsons, deren Annahme von beiden Seiten die Grundlage des Waffenstillstands war, die Forderung einer Kriegsentschädigung ausgeschlossen ist. Die Entscheidung darüber ist bis zu Wilsons Rückkehr vertagt worden. Ann. d. Red.)

Abtaffung der Wehrpflicht in Europa?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

kl Wien, 11. März.

Ein Pariser Funkpruch besagt: Der Oberste Kriegsrat der Alliierten hat den Antrag Lloyd Georges angenommen, demzufolge in ganz Europa die Wehrpflicht aufgehoben wird. Ueberall soll an ihre Stelle das Freiwilligenheer treten.

Paris, 10. März. (W. L. B.)

Der Oberste Kriegsrat bestätigte heute seinen Beschluß vom Sonnabend, wonach das deutsche Heer ein Freiwilligenheer sein muß. Man setzte die Stärke seines Heeres auf nur 100 000 Mann statt 140 000 Mann, was ursprünglich geplant war, fest. Die Soldaten müssen sich auf 12 Jahre verpflichten.

Sabotage im Ruhrgebiet.

Mülheim a. R., 10. März. (W. L. B.)

Eine wahnwitzige Tat begingen nachmittags die Hochofenarbeiter der Friedrich-Wilhelm-Hütte in Duisburg, indem sie infolge von Differenzen bei der Lohnauszahlung sämtliche Hochöfen ausbliesen. Dieses Vorgehen, das das Werk ein Vermögen kostete, wurde von der revolutionären Arbeiterschaft und den hinter ihr stehenden Parteien in einer außerordentlichen Versammlung ausdrücklich verurteilt. Die Parteien lehnen jede Verantwortung ab. (Siehe auch vierte Seite.)

Anfrage wegen der Verhängung des Standrechts.

Drahtmeldung unseder Weimarer Redaktion.

* Weimar, 11. März.

Der Unabhängige Abg. Haase hat in der Nationalversammlung heute zwei kleine Anfragen eingebracht: eine über das Verbot der „Freiheit“ und der „Republik“, die andere über die „rechtlosen Grundlagen der Verhängung des Standrechts in Berlin“. (Siehe auch vierte Seite.)

Veränderungen in den preussischen Ministerien.

Die Unterstaatssekretäre v. Gerlach vom Ministerium des Innern, Göhre vom Kriegsministerium und Dr. Böge vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung werden, wie eine hiesige Korrespondenz erzählt, nach Zusammentritt der preussischen Landesversammlung bei Bildung der neuen preussischen Regierung ihre Mandate zur Verfügung stellen, die sie nach der Revolution aus politischen Parteirücksichten empfangen hatten. Für diejenigen Unterstaatssekretäre in den preussischen Ministerien, die ihre Funktionen als Beamte ausüben, kommt ein Rücktritt aus Verlaß des Regierungswechsels nicht in Frage. Im Ministerium für Wissenschaft usw. wird mit dem Auscheiden der vier Ministerialdirektoren Brodt, Scheinmüller (höchstes Schulwesen), Dr. v. Bremen (Volkshochschulen), Gerlach (geistliche Angelegenheiten) und Dr. D. Dr. Ing. Kaumann (Universitäten) gerechnet. Wünschenswert erscheint die Umwandlung der Posten in Unterstaatssekretariatsstellen, da die Arbeitsgebiete noch erheblich an Umfang wachsen werden, falls nicht doch eine Teilung des Kultusministeriums vorgenommen wird.

Arthur Störben, der frühere Handelssekretär, der während des Krieges längere Zeit im Reichschatamt tätig war, ist zum Geheimen Regierungsrat u. Reichschatamt ernannt worden.

Bürgerkrieg oder Arbeit.

Die Hauptstadt der deutschen Republik ist zurzeit dem Schauplatz grauenvoller Kämpfe. Man darf hoffen, daß es sich um eine Auffand handelt, der in kürzester Frist wenigstens bis auf weiteres niedergeschlagen werden wird. Aber man kann nicht mehr im Zweifel darüber sein, daß bei der Fortdauer der bisherigen politischen Voraussetzungen die Erscheinungen dieser Tage sich alsbald verstärkt wiederholen dürften, und daß dann wahrscheinlich der Bürgerkrieg eine unbestreitbare Tatsache sein wird. Nur würde es sich dann um den blutigen Kampf zwischen zwei extremen Richtungen handeln, von denen man keiner im Interesse des deutschen Wiederaufbaues den Sieg wünschen könnte.

Die heutige Lage ist das unmittelbare Ergebnis schwerster Versäumnisse aller derjenigen, die für den Aufbau eines neuen demokratischen und produktionsfähigen Deutschlands verantwortlich sind. Die Schreckenstage, die wir jetzt durchleben müssen und denen noch viel ärgere folgen könnten, sind leider nur eine Erfüllung jener düsteren Vorheragen, die an dieser Stelle seit Monaten gemacht worden sind, als sich immer deutlicher zeigte, daß die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien einen großen Teil der Pflichten veräußerten, die vom Standpunkt des politischen und wirtschaftlichen Aufbaus Deutschlands unerlässlich schienen. Die Politik der letzten Monate weist in vielen Punkten eine erschreckende Ähnlichkeit mit der Haltung der früheren Regierungen während des Krieges auf. Sie zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß ihre Maßnahmen, sofern sie überhaupt die richtige Folgerung aus den Ereignissen sind, unvollständig und verspätet erfolgen. So konnte mit den Zugeständnissen, die die Regierung vor wenigen Tagen den Arbeiterräten gemacht hat, noch vor Wochen eine neue Lage geschaffen werden, die wahrscheinlich alles verhindert haben würde, worunter wir jetzt und in der nächsten Zukunft zu leiden haben werden. Aber auch im letzten Augenblick wurde es sich empfohlen haben, alle diejenigen Zugeständnisse auf einmal zu machen, die sich mit dem Interesse der Gesamtheit in Einklang bringen lassen. Die innere Politik eines Staates, der erst aus den Trümmern wieder entstehen soll, ist kein Handelsgeschäft, bei dem man möglichst billig wegzukommen trachtet und gewisse Zugeständnisse mit Rücksicht auf ein weiteres Festhalten immer noch ein wenig zurückhält. Sondern sie muß von dem Bestreben geleitet sein, einen klaren Grundgedanken zum Nutzen der Allgemeinheit zu verwirklichen und dafür die Mitarbeit möglichst weiter Kreise zu gewinnen.

Nur so kann eine Regierung das Vertrauen ihrer Anhänger, aber auch das ihrer politischen Gegner erwerben. Nur, wenn ihr erstes Wort auch ihr letztes ist, können ihre Zusagen politisches Gewicht erhalten. Jede andere Taktik säet Mißtrauen und vermehrt damit die Zahl und Stärke der Opposition. Aber auch die andere Gefahr besteht, daß die Regierung nachher unter dem Druck dieser Opposition mit ihren Zugeständnissen über das Maß dessen hinausgeht, was nützlich und was vorher notwendig war. Die im Berliner Arbeiterrat vorgeschlagene Einordnung des Rätegedankens in das wirtschaftliche und politische System Deutschlands ist z. B. gerade in ihrer letzten Konsequenz, der Errichtung einer Kammer der Arbeit, die logische Verwirklichung der Idee eines unitarischen und als Produktionsgemeinschaft aufgebauten Volksstaates. Die Regierung hat diese letzte Konsequenz verweigert. Aber sie hat ihr durch den zumindest unklaren Ausdruck von der „konstitutionellen Fabrik“ eine Tür zu bedenkliehen Konzeptionen geöffnet, die unter Umständen zu bolschewistischen oder syndikalistischen Experimenten führen können.

Dem alten System ist auch die Methode entlehnt, die gegenwärtige Front zu vereinfachen, anstatt sie zu sprengen. Was die früheren Regierungen auf außenpolitischem Gebiet verfehlt haben, das wiederholt man jetzt, erfolgreich, in der inneren Politik. Der Parteitag der Unabhängigen Sozialisten hat gezeigt, daß diese Partei in Wirklichkeit keine ist, und daß ihre beiden Flügel nicht minder weit voneinander entfernt sind, als jeder von ihnen von seiner Nachbarpartei rechts und links. Ebenfalls sind die Differenzen zwischen den linken Unabhängigen und den Kommunisten zu übersehen. Und auch unter den letzteren gibt es Idealisten verschiedener Schattierungen neben Verzweifelten und neben wirklich verbrecherischen Mitläufern. Eine klare und sachliche Stellungnahme der Regierung zu den großen sozialen Fragen, die heute die Gemüter bewegen, würde vermutlich die Spaltung der Unabhängigen ebenso verheißt haben, wie es das wirkliche Verhalten der Regierung dem unabhängigen Parteitag möglich machte, sie zumindest zu verflechten.

Von der anderen Seite gesehen, ist es wiederum verfehlt, die Rücksichtslosigkeit verbrecherischer Mitläufer der radikalen Gruppen nun auch den wirklich politischen Gegnern, zumal